

Aus: *afrika süd* 5-2007

Wer mit wem über was?

Deutsch-namibischer Versöhnungsdialog in der Sackgasse

Peter Schellschmidt

Die Diskussion um eine angemessene Wiedergutmachung der Deutschen gegenüber den Herero, Nama und Damara in Namibia für den vom Deutschen Reich zu verantwortenden Völkermord im Jahr 1904 ist komplizierter als sie nach Rolf-Henning Hintzes Bericht und Kommentar (*Afrika Süd*, 36.Jg., Nr.4) und auch nach dem Entschliessungsantrag der Fraktion "Die Linke" im Bundestag vom 13. Juni erscheinen mag. Zunächst zu den übereinstimmenden Bewertungen:

Ja, die Schutztruppen haben 1904 im Namen des Deutschen Reiches im damaligen Deutsch-Südwestafrika, heute Namibia, Genozid am Volk der Herero begangen. Auch die Namas und Damaras wurden nicht geschont. (Dennoch: den Vergleich mit dem Holocaust halte ich für eine unzulässige Verharmlosung desselben.)

Ja, vor dieser Verantwortung kann und darf niemand weglaufen. Dieser Verantwortung müssen wir Deutschen uns auch gegenüber dem heutigen Namibia stellen. Der Hinweis auf die ungewöhnlich hohen deutschen Leistungen für die bilaterale Entwicklungshilfe reicht dafür nicht aus. Es ist offenkundig, dass von diesen Leistungen überproportional die Ovambos in Norden des Landes profitieren, die an dem damaligen Konflikt nicht beteiligt waren.

Und nochmals ja: der offene und faire Versöhnungsdialog, von der BMZ-Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul bei ihrem Besuch in Namibia 2004 angeboten, ist lange überfällig und steht immer noch aus. Die angebotenen Sondermittel erleichtern einen solchen Dialog, können ihn aber nicht ersetzen.

Ein Großteil der Probleme liegt in der Fragestellung, **wer mit wem über was** reden muss, damit ein solcher Dialog in Gang gesetzt werden kann.

Mit **wem**: Hintze schlägt vor, auf namibischer Seite mit "den anerkannten Vertretern der Betroffenen unter Beteiligung der namibischen Regierung" zu reden. Dagegen kann in dieser Form niemand etwas haben. Nur: wer sind diese "anerkannten Vertreter" der in der Hauptsache betroffenen Herero? Antwort: es gibt sie nicht.

Die Hereros haben in ihrer Geschichte immer eine Vielzahl traditioneller Chiefs gehabt, die untereinander gleichberechtigt und keiner internen Hierarchie unterworfen waren. Erst im Krieg gegen das koloniale Deutsche Reich einigten sich die Chiefs unter diesem enormen äusseren Druck auf einen (Kriegs-) Führer: Samuel Maharero. Als der 1904 durch die Kalahari in das heutige Botswana geflohen war, die Deutschen auf ihn ein Kopfgeld ausgesetzt und damit seine Rückkehr unmöglich gemacht hatten, einigten sich die im Land verbliebenen Chiefs darauf, bis zur Rückkehr der legitimierten Führer nur "Regenten" einzusetzen. Der erste war Hosea Kutako, einer der fähigsten Mitarbeiter Mahareros. Ihm folgte Clemens Kapuuo, der 1978 unter ungeklärten Umständen ermordet wurde. Er war der erste Herero-Regent, der sich auf das damals von Südafrika beherrschte (partei-) politische Terrain begab. Er engagierte sich (und damit die Hereros) in der "Turnhallenallianz" (DTA), mit der Südafrika und verbundene Kräfte in "South-West" eine Machtübernahme der SWAPO

verhindern wollten.

Nach der Ermordung von Kapuuo wurde Kuaima Riruako als Regent eingesetzt und von der südafrikanischen Verwaltung bestätigt (und bezahlt). Die Südafrikaner haben sich aber stets geweigert, Paramount Chiefs zu ernennen, sie sprachen lieber von "Headmen". Auf diesen Vorgang bezieht R.-H. Hintze seine Position, dass Riruako der "anerkannte Vertreter" der Hereros sei, also die Gespräche mit ihm zu führen seien.

Dabei übersieht er zwei wichtige Faktoren: Riruako stammt (wie auch Kutako und Kapuuo) nicht aus einem der traditionellen "Königshäuser" (Royal Houses), was auf die Vorläufigkeit und Begrenztheit seiner Funktion hinweist. Bei der ersten Wahl eines (Interims-) Regenten bestand offenbar unter den Chiefs Übereinstimmung, dass mit dem Erreichen von Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zunächst ein direkter Nachfahre aus dem Royal House Tjamuaha/Maharero das Amt des Herero-Führers (Paramount Chief) übernehmen sollte.

Der zweite Faktor ist aber weitaus gewichtiger: Riruako genießt keinesfalls das ungeteilte Vertrauen der Hereros. Sowohl die Legitimität seiner Funktion als auch seine Amtsführung sind ausserordentlich umstritten. Zur Legitimität: Er wird als Herero-Führer von (Apartheid-)Südafrikas Gnaden kritisiert, und er verweigerte sich einer Führungsdebatte nach der Unabhängigkeit. Zudem ist er Vorsitzender einer politischen Partei (NUDO), Abgeordneter in der Nationalversammlung, und gleichzeitig will er als traditioneller Chief und Führer der Hereros angesehen und behandelt werden. Diese Gleichzeitigkeit ist – aus guten Gründen – durch die Verfassung des unabhängigen Namibia ausgeschlossen worden. Riruako ist aber zu keinem Amtsverzicht bereit.

Die erste Regierung Namibias setzte eine Kommission unter Leitung des angesehenen Anwalts (und späteren ersten Ombudsmann Namibias), Fanuel Kozunguizi, ein, die 1991 Vorschläge über Rolle und Status von traditionellen Häuptlingen machte sowie einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegte. Unter anderem bot sie Riruako an, ihn in den Status eines traditionellen Chiefs zu erheben (obwohl er keines "königlichen" Blutes war), den anderen Chiefs gleichberechtigt, aber nicht übergeordnet. Riruako lehnte dies ab, worauf ihm die Regierung die offizielle Anerkennung gemäss dem *Traditional Authorities Act* verweigerte. Dieser Zustand gilt bis heute.

Zur Amtsführung: Riruako reklamiert für sich eine Art "Alleinvertretungsanspruch" (nicht nur) in Sachen Reparationsforderung gegenüber Deutschland. In der Tat war er es, der den anhängigen Prozess vor einem US-Gericht gegen die Bundesrepublik angestrengt hat. Nicht die Forderung nach Wiedergutmachung an sich ist unter Hereros umstritten, wohl aber der Weg (Dialog oder Klage?) und, noch wichtiger, der Inhalt: wie soll diese Wiedergutmachung aussehen?. Der umstrittene Anspruch Riruakos führte 2004 zu der Gründung des "Ovaherero/Ovambanderu Council for Dialogue on 1904 Genocide" (OCD- 1904). In ihm sind die Chiefs und Gruppen versammelt, die Riruako und seinen Kurs kritisch gegenüber stehen, den turnusmässigen Vorsitz führt gegenwärtig Chief Alphons Mahareru, Nachfahre des damaligen Herero-Chiefs. Diese Gruppierung steht nicht hinter der Klage und ist am weitesten fortgeschritten in der Debatte, wie tätige Wiedergutmachung praktisch aussehen könnte.

Damit sind wir bei dem Problem, über **was** beim Dialog geredet werden soll: Wenn es nach Riruako gehen würde, dann vor allem über Geld. Und zwar über Geld, das die Bundesregierung möglichst direkt an die Betroffenen auszahlt. Eine schlicht unerfüllbare Forderung, aus sachlichen wie aus prozeduralen Gründen. Auch R.-H. Hintze ist der richtigen Auffassung, dass dies nicht an der gewählten namibischen Regierung vorbei gemacht werden kann.

Zur Frage, wie die Forderung nach Wiedergutmachung mit sinnvollem (und realistischem) Inhalt gefüllt werden könne, hat es zwei verschiedene Herero-Komitees gegeben, die sich aber trotz mehrfacher Versuche unmittelbar vor dem Gedenken an 1904 und dem Besuch der BMZ-Ministerin 2004 nicht auf gemeinsame Positionen einigen konnten. Den Hereros mehr Zeit für weitere Debatten untereinander zu geben, war einer der Gründe, warum die Ministerin damals den Versöhnungsdialog vorschlug.

Danach ist nahezu alles schief gelaufen, auf deutscher noch mehr als auf namibischer Seite: Der "Versöhnungsdialog" erschöpfte sich darin, dass die Ministerin auf einer öffentlichen Veranstaltung in Deutschland die Bereitstellung von Sondermitteln in Höhe von 20 Mio. Euro über mehrere Jahre ankündigte, die in besonderem Masse den von Genozid betroffenen Bevölkerungsgruppen zugute kommen sollten. Darüber war aber vorher weder mit der namibischen Regierungen noch mit den Betroffenen geredet worden. Prompt verweigerte Präsident Pohamba bei seinem kurz danach stattfindenden Staatsbesuch in Berlin die Unterschrift unter ein vorbereitetes entsprechendes Abkommen.

Inzwischen haben sich die beiden Regierungen zu einem, wie ich finde, völlig ungeeigneten, jedenfalls aber nicht hilfreichen Kompromiss zusammen gerauft: Die Mittel werden auf deutscher Seite ausgerechnet von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verwaltet, die bislang nicht als Durchführungsorganisation für politisch sensible Projekte hervorgetreten ist, das ist auch nicht ihre Aufgabe. Auf der namibischen Seite ist dies die National Planning Commission (NPC), die auch für die normale bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist, von der insbesondere Hereros und Namas sich vernachlässigt fühlen.

Dies erfuhren die verblüfften Betroffenen, ob Riruako-Anhänger oder -Gegner, aus Zeitungsanzeigen, in denen KfW und NPC gemeinsam nach professionellen Consultants für die Umsetzung von Projekten aus diesem Fond suchten. Mit den Betroffenen hatte bis zu diesem Zeitpunkt keine Seite geredet. Es gehört nicht viel Phantasie zu der sicheren Erwartung, dass dies von Hereros, Namas und Damaras nicht als die von ihnen geforderte Wiedergutmachung empfunden werden wird. Damit scheint ein vielversprechender Ansatz verpufft und vielleicht sogar ein grosser Geldbetrag – im Sinne des angestrebten Effekts - verpulvert. Ein Dialog sieht jedenfalls anders aus.

Hätte es denn Alternativen gegeben? Es hätte. Über sie ist 2004 auch geredet worden, der deutschen Seite sind entsprechende Vorschläge bekannt. Ich kann nicht nachvollziehen, ob sie jemals ernsthaft geprüft und warum sie nicht aufgegriffen wurden. Ich hielt (und halte) sie für einen gangbaren Weg. Wie bereits erwähnt, hatten sich in der Vorbereitung auf das Gedenkjahr 2004 zwei unterschiedliche Komitees gebildet, deren vorrangige Aufgabe die Planung der Gedenkveranstaltungen war. Eines war von Riruako beauftragt, das andere von den Chiefs, die später den OCD-1904 gründeten. Dem letzteren standen zwei lutherische Bischöfe, Dr. Zephania Kameeta (ELCIN) und Reinhard Keding (DELK) vor, was ihm den Namen Bischofskomitee eintrug, obwohl natürlich keinesfalls nur Kirchenvertreter diesem Gremium angehörten. Dieses Komitee bezog von Beginn an bewusst deutschsprachige Namibier in die Vorbereitung ein.

Dieses Komitee ging aber letztlich weit über die Gestaltung der Gedenkveranstaltungen hinaus. Nach der berühmt gewordenen Rede der Ministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul (in den Augen des Komitees "an important and much-awaited political breakthrough") unterbreitete es einen konkreten Vorschlag für die Umsetzung der Wiedergutmachung:

*“The apology has opened the door for a new kind of dialogue which could lead to concrete results with respect to reconciliation and development. This dialogue can now take place in an atmosphere of good-will and within a framework of reconciliation and healing. In this way the 1904 commemoration initiatives can continue on a new basis and should not be delayed. In order to give structure to the proposed dialogues and healing processes, it is proposed that a 'Namibian-German Institute for Reconciliation and Development' will be founded.”*

Dieses Institut sollte naturgemäss in Namibia angesiedelt werden (*owned by Namibians*), seine Arbeit sollte die besonderen Wünsche und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerungsgruppen widerspiegeln, politisch und institutionell unabhängig sein, und

*“it is important that this forum or institute and its program should significantly and qualitatively differ from past development aid; it should be something new which visibly and symbolically promotes reconciliation between Germany and Namibia taking the needs and wishes of those people into account that need healing of the wounds of the past.”*

Nach dem Projektvorschlag sollten dem Aufsichtsgremium Vertreter der Kirchen, kulturellen Gruppen, der Zivilgesellschaft, des Privatsektors sowie der namibischen und der deutschen Regierung angehören.

Ergebnis: siehe oben; von Dialog, jedenfalls auf der offiziellen Ebene, keine Spur. Angesichts dieser traurigen Lage gewinnen private Initiativen auf beiden Seiten an Gewicht, vielleicht bewegen sich in ihrem Schlepptau ja auch die offiziellen Stellen. 2004 luden Nachkommen des damaligen militärischen Kommandeurs der deutschen Schutztruppen, General Lothar von Trotha, Autor des Vernichtungsbefehls gegenüber den Herero, den direkten Nachkommen des damaligen Herero-Chiefs Samuel Maharero, Chief Alphons Mahahero und einige Begleiter nach Deutschland ein. Die deutschen Gastgeber, natürlich an den Vorgängen nur insoweit “beteiligt”, als sie den gleichen Familiennamen tragen, stellten sich der selbst so empfundenen historischen Verantwortung, suchten das Gespräch und Versöhnung. Und die namibischen Gäste liessen sich auf dieses Gespräch ein. Es blieb nicht bei dieser einen Begegnung: die Chiefs der in der OCD-1904 zusammengeschlossenen Herero-Gruppen luden eine Delegation der von Trotha-Familie zur Teilnahme an den Genozid-Gedenkfeiern in Omaruru und Okahandja im Oktober 2007 ein. Und der Gegenbesuch fand statt mit vielen Gesprächen, die im gleichen Geiste weiter geführt wurden. Am Gedenkmarsch in Omaruru nahmen 10 von Trothas auf ausdrückliche Aufforderung als Teil der Herero-Gruppe teil!

Riruako war zu diesen Veranstaltungen eingeladen, blieb ihnen aber fern. Stattdessen warnte er über das Radio, dass den von Trothas während ihres Besuchs etwas zustossen könne und sie besser ihre eigenen Leibwächter mitbringen sollten. Diese kaum verhüllte Drohung führte zu öffentlichen Distanzierungen auf namibischer Seite, selbst Riruakos Anhänger sahen sich zu gequälter Erklärungsversuchen genötigt: er habe keinesfalls mit Gewalt gedroht, sondern nur davor gewarnt, dass die Vorfahren sich möglicherweise rächen könnten. Darüber lächelt man auch in Namibia.

Aber der ernste Hintergrund bleibt die Zerstrittenheit innerhalb des Herero-Lagers, die Gespräche auch für die deutsche Seite alles andere als leicht macht. Und sie wird jetzt auch stärker in die Öffentlichkeit getragen. Nach weiteren Drohungen mit Demonstrationen musste eine Veranstaltung in Okahandja auf Rat der Polizei verlegt werden: Chief Alphons Maharero brach seine sonst geübte öffentliche Zurückhaltung nach dem von Trotha-Besuch mit folgenden Worten (ohne den Namen Riruako zu nennen): “Such an individual, who is also a Member of Parliament, should serve the entire nation and also the Government's policy of national reconciliation instead of chasing people away from the place used by Herero speakers.” Und unter deutlichem Hinweis auf Riruakos Doppelfunktion als

Parteilpolitiker und traditioneller Chief fragte Maharero: “Are there two different governments in Namibia?”

Trotz dieser Begleitmusik war der von private Trotha-Besuch insgesamt von den Bemühungen um wechselseitige Verständigung und Respekt gekennzeichnet. Dies prägte auch die insgesamt sehr freundliche Medien-Berichterstattung. Sicher noch kein Versöhnungsdialog im angestrebten Sinne, aber er wies in die richtige Richtung und hatte in jedem Fall mehr Dialogcharakter als alles, was bislang auf den offiziellen Ebenen gelaufen ist.